

"Die OSZE sucht nach einem Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, das auch Russland einbezieht" in El País (4. Dezember 1996)

Legende: Am 4. Dezember 1996, nach dem Lissabonner Gipfel der Teilnehmerstaaten der OSZE, untersucht die spanische Tageszeitung El País den Erfolg des Gipfels, der vor allem in der Unterzeichnung der Erklärung über ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa im 21. Jahrhundert zu sehen ist.

Quelle: El País. 04.12.1996. Madrid. "La OSCE busca un modelo de seguridad para el siglo XXI que incluya a Rusia", auteur:Larraya, José Miguel; García, Javier.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_osze_sucht_nach_einem_sicherheitsmodell_fur_das_21_jahrhundert_das_auch_russland_einbezieht_in_el_pais_4_dezember_1996-de-98565c98-99f2-4038-8aba-7fa1c229c933.html



Publication date: 05/07/2016

Die OSZE sucht nach einem Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, das auch Russland einbezieht

Abrüstung und Koexistenz mit Moskau – Errungenschaften des Gipfels

JOSÉ MIGUEL LARRAYA / JAVIER GARCÍA - Lissabon

Das Gipfeltreffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Lissabon hat bestätigt, was von einem westlichen Diplomaten als „diskreter Realismus“ bezeichnet worden war. Die beiden Großmächte dieses europäisch-atlantischen Forums, das heißt die Vereinigten Staaten und Europa, setzten eine Erklärung zum europäischen Sicherheitsmodell im 21. Jahrhundert durch, die Russland – die im Niedergang begriffene Großmacht – nicht kränken wird. Der Auftrag zur Erneuerung des Übereinkommens über die Beschränkung des Einsatzes konventioneller Waffen und die Koexistenz mit Russland sind die Errungenschaften dieses Gipfels.

Die Erklärung zum Sicherheitsmodell für Europa im 21. Jahrhundert, die unter dem Namen Erklärung von Lissabon bekannt werden wird, erwähnt die künftige Ausarbeitung einer europäischen Sicherheitscharta. Sie wird, mit einer ausreichenden Rechtsgrundlage versehen, alle Länder des Kontinents umfassen. Dieser politische Vorschlag Frankreichs ist eine moralische Entschädigung für Russland, das eine Erweiterung der NATO gen Osten nicht verhindern kann. „Es ist wichtig, dass Russland sich sicher fühlt, damit es seinen Beitrag zur europäischen Sicherheit leisten kann“, erklärte der spanische Außenminister Abel Matutes, welcher sich „zufrieden“ mit dem Schlussdokument des Treffens zeigte. Die Konflikte im Kaukasus, der Peripherie des ehemaligen russischen Imperiums, hatten den Text zu blockieren gedroht.

Die Erneuerung des Vertrags über die Beschränkung des Einsatzes konventioneller Waffen, der wichtigste Erfolg dieses Gipfeltreffens, entspricht ebenfalls der Notwendigkeit, das militärische Gleichgewicht in Ost- und Mitteleuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion in zahlreiche Staaten zu sichern.

Ein neues Gesicht

Die OSZE, Erbin der ehemaligen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die während des Kalten Krieges einen Weg des politischen Wandels zwischen den Blöcken öffnete, wird demnächst eine neue Persönlichkeit aufweisen: den Beauftragten für Medienfreiheit. Diese deutsche Initiative wird voraussichtlich auf der Außenministerkonferenz verabschiedet, die nächstes Jahr in Kopenhagen stattfinden wird. Seine Aufgabe wird darin bestehen zu helfen, die Freiheit der Medien in den osteuropäischen Ländern zu stärken. Dies ist eine grundlegende Bedingung im Rahmen der Achtung der Menschenrechte. Sie wurde in der Schlussakte von Helsinki festgelegt und ist ein Eckstein, auf den sich das Gebäude der OSZE stützt. Die Organisation, die neben den Vereinigten Staaten und Kanada 53 europäische Staaten zählt (von denen die Bundesrepublik Jugoslawien aufgrund des Bosnienkonflikts ausgeschlossen wurde), hat sich in den letzten Jahren auf die Lösung von Konflikten in Regionen des ehemaligen Ostblocks konzentriert, vor allem im ehemaligen Jugoslawien und in der Sowjetunion.

Die Erklärung von Lissabon greift in diesem Sinne eine explizite Unterstützung des Dayton-Friedensabkommens auf, das den Krieg in Bosnien-Herzegowina beendete, und bestätigt das Mandat zur Überwachung der Kommunalwahlen, die nächstes Jahr in dieser ehemaligen jugoslawischen Republik abgehalten werden. Das Dokument spiegelt auch die Hoffnung der Organisation wider, dass in Kürze die OSZE-Missionen im Kosovo, im Sandzak und in der Wojwodina wieder aufgenommen werden können.

Veröffentlicht in der Tageszeitung EL PAÍS vom 4. Dezember 1996 im internationalen Nachrichtenteil.
Autor: José Miguel Larraya / Javier García.